Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1025

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

67. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 26. Oktober 1966

68. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 28. Oktober 1966

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

I. 1. Abgeordneter **Moersch**

Treffen Pressemeldungen zu, daß bei der Anschaffung einer Datenverarbeitungsanlage für das deutsche Rechenzentrum in Darmstadt entgegen den Vorschlägen der kompetenten Wissenschaftler des deutschen Rechenzentrums entschieden worden ist?

I. 2. Abgeordneter **Moersch**

Welchen Einfluß hat die Bundesregierung auf die in Frage I/1 erwähnte Entscheidung genommen?

II. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

II. 1. Abgeordneter **Dr. Eppler**

Entspricht ein Pressebericht der Wahrheit, wonach der Bundesaußenminister in einem Erlaß vom 5. April 1966 die Beamten des Auswärtigen Dienstes auf mögliche dienstliche Konsequenzen einer Heirat mit ausländischen Staatsangehörigen aufmerksam gemacht hat?

II. 2. Abgeordneter **Dr. Eppler**

Ist der Bundesaußenminister bereit, dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages den Wortlaut des in Frage II/1 erwähnten Erlasses vorzulegen?

II. 3. Abgeordneter **Dr. Eppler**

Hat die Bundesregierung die Vereinbarkeit des in Frage II/1 erwähnten Erlasses mit dem Grundgesetz, insbesondere Artikel 2 Abs. 1 und Artikel 6 Abs. 1 überprüfen lassen?

II. 4. Abgeordneter **Dr. Schulz (Berlin)**

Wo liegt nach Auffassung der Bundesregierung bei der Zahl von Eheschließungen mit ausländischen Staatsangehörigen das Maß, das die dienstlichen Erfordernisse berührt?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

II. 5. Abgeordneter **Dr. Schulz (Berlin)**

Sieht die Bundesregierung in der dienstlichen Auswirkung der in Frage II/4 erwähnten Eheschließungen nur Nachteile?

II. 6. Abgeordneter **Dr. Schulz (Berlin)**

Hält die Bundesregierung den Erlaß des Bundesaußenministers vom 5. April 1966 für vereinbar mit den Bestrebungen, außer den politischen auch die menschlichen Beziehungen von Volk zu Volk, insbesondere in Europa, zu fördern?

II. 7. Abgeordneter **Matthöfer**

Was weiß die Bundesregierung über das Schicksal der auf einer Urlaubsreise in der Sowjetunion verhafteten Redakteurin der Frankfurter Rundschau, Martina Kischke?

II. 8. Abgeordneter **Brück (Holz)**

Was weiß die Bundesregierung über das Schicksal der im September 1966 auf einer Urlaubsreise in Bulgarien verschollenen Deutschen Leo Schorr und Klaus Schönherr aus Merchweiler (Saar)?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

III. 1. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**

Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt — nach Kenntnis der Bundesregierung — die fortgesetzte politische Überprüfung („Entnazifizierung") vor allem bei Beamten, die für besondere Aufgaben ausersehen sind?

III. 2. Abgeordneter **Eckerland**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Orchester „Philharmonia Hungarica" in seiner Existenz gefährdet ist, weil die im Rahmen des Bundeshaushalts 1966 bereitgestellten Förderungsmittel zusammen mit den Förderungsmitteln der Stadt Marl und des Westdeutschen Rundfunks nur noch bis zum 31. Oktober 1966 reichen?

III. 3. Abgeordneter **Westphal**

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um für 1966 und zukünftige Rechnungsjahre zu erreichen, daß das Land Nordrhein-Westfalen für das Orchester „Philharmonia Hungarica" Zuwendungen bereitstellt?

III. 4. Abgeordneter **Westphal**

Ist die Bundesregierung bereit, allein oder gemeinsam mit anderen Stellen die Haushaltslücke des Orchesters „Philharmonia Hungarica" für 1966 durch eine zusätzliche Zuwendung zu decken und dem Deutschen Bundestag einen Vorschlag für die künftige Förderung dieses Orchesters zu unterbreiten?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

IV.	1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Hält die Bundesregierung auch nach der öffentlichen Reaktion auf die Antwort des Bundesjustizministers vom 27. April 1966 (vgl. u. a. Anwaltsblatt August 1966) an der Auffassung fest, daß die niedrigen Gebührensätze für Rechtsanwälte und Rechtsbeistände in Sozialgerichtssachen die Suche eines Sozialversicherten nach einem versierten Rechtsbeistand nicht beeinträchtigen?
IV.	2. Abgeordneter **Matthöfer**	Trifft eine dpa Meldung zu, in der es heißt, die Justizminister der Länder seien besorgt über die außergerichtliche Justiz in den Betrieben der Bundesrepublik, der schleswig-holsteinische Justizminister Leverenz habe auf der 34. Konferenz der Landesjustizminister erklärt, in den Betrieben scheine eine interne Regelung von Straftaten immer mehr um sich zu greifen, so seien in einem nordrhein-westfälischen Großbetrieb zahlreiche kriminelle Delikte — darunter 710 einfache und 153 schwere Diebstähle, 9 Unterschlagungen, 16 Betrugsfälle, 17 Sittlichkeitsverbrechen, 53 Körperverletzungen — „betriebsintern geahndet" worden?
IV.	3. Abgeordneter **Matthöfer**	Welche Ergebnisse hatten die Bemühungen der Bundesregierung, sich einen Überblick über die verfassungswidrige außergerichtliche Justiz in den Betrieben der Bundesrepublik zu verschaffen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

V.	1. Abgeordneter **Ott**	Inwieweit entsprechen Pressemeldungen der Wirklichkeit, wonach das Bundesfinanzministerium die Finanzämter angewiesen habe, einen Freibetrag nach der bisherigen Kilometergeldpauschale auf der Lohnsteuerkarte 1967 nicht mehr zu berücksichtigen?
V.	2. Abgeordneter **Ott**	Falls die in Frage V/1 erwähnten Pressemeldungen zutreffen sollten, auf welche Rechtsgrundlage beruft sich die Finanzverwaltung?
V.	3. Abgeordneter **Ott**	Hält es die Bundesregierung im Interesse der Erhaltung des Vertrauens in unserem demokratischen Rechtsstaat für richtig, vor einer Beschlußfassung durch das Parlament Anweisungen wie die in Frage V/1 erwähnten zu erlassen?

V. 4. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Erhöhung der Planstellen ab Planstelle A 15 und höher (einschließlich B Stellen), bezogen auf die Stellen des höheren Dienstes bei den obersten Bundesbehörden (Bundesministerien) der Anteil vom Jahre 1965 von 44% auf 61% im Jahre 1966 angestiegen ist, während die dem Bund nachgeordneten Dienststellen nur eine Steigerung von 20% (1965) auf 22% im Jahre 1966 erfahren haben?

V. 5. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Förderungspolitik von Forschung und Wissenschaft die 33 Forschungsanstalten der nachgeordneten Dienststellen des Bundes im Haushaltsentwurf 1967 stärker zu berücksichtigen als bisher?

V. 6. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig, deren wissenschaftliche Bedeutung außer Frage steht, im Stellenaufbau im Vergleich zu den obersten Bundesbehörden bei den Planstellen A 15 und höher nur mit 15% Stellen Berücksichtigung gefunden hat?

V. 7. Abgeordneter **Dr. Artzinger**

Wie steht die Bundesregierung zu dem „Gutachten über die Finanzreform in der Bundesrepublik Deutschland"?

V. 8. Abgeordneter **Dr. Artzinger**

Wie ist der Zeitplan der Bundesregierung zur Durchführung der in Frage V/7 genannten Reform?

V. 9. Abgeordneter **Dr. Artzinger**

Beabsichtigt die Bundesregierung Sofortmaßnahmen zur Vorwegnahme der in Frage V/7 genannten Reform auf Teilgebieten (z. B. Finanzierung von Verkehrseinrichtungen bei den Gemeinden)?

V. 10. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Interesse der vielen steuertechnisch weniger kundigen Bürger die „Grundstücksbeschreibung" zur „Erklärung zur Hauptfeststellung des Einheitswerts auf dem 1. Januar 1964" zumindest für die Eigentümer von Familienheimen oder anderen schlichten Bauwerken drastisch zu vereinfachen?

V. 11. Abgeordneter **Reichmann**

Sind Schätzungen zutreffend, nach denen durch mißbräuchliche Verwendung von Gasöl, das einmal als leichtes Heizöl für 0,12 DM und zum anderen als Dieselkraftstoff für 0,50 DM verkauft wird, Steuerausfälle von jährlich ca. 100 Millionen DM verursacht werden?

V. 12. Abgeordneter **Reichmann**

Ist es zutreffend, daß allein in Nordrhein-Westfalen 150 Strafverfahren wegen mißbräuchlicher Verwendung von leichtem Heizöl als Dieselkraftstoff anhängig sind?

V. 13. Abgeordneter **Reichmann**

Wieviel Verwaltungskosten könnten jährlich im Bundesgebiet eingespart werden, wenn durch die Färbung des leichten Heizöls die Kontrollen vereinfacht und bei der Abgabe des gefärbten Gasöls an die Landwirtschaft das ganze Steuerrückerstattungsverfahren hinfällig würde?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VI. 1. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Hält die Bundesregierung die durch die jüngste Preisregelung auf dem Benzinmarkt hervorgerufene Differenzierung in der Weise, daß die Großstädte den niedrigsten, die großstadt- sowie markt- und revierfernen Regionen dagegen die höchsten Preise zu zahlen haben, für volkswirtschaftlich vertretbar?

VI. 2. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß von dem in Frage VI/1 erwähnten Mißstand gerade die Fördergebiete (Zonenrand- und Ausbaugebiete) besonders hart betroffen werden?

VI. 3. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß bei einer eventuellen Erhöhung der Mineralölsteuer praktisch nur die in Frage VI/2 genannten wirtschaftlich schwachen Gebiete eine Erhöhung des Gesamtbenzinpreises zu erwarten hätten, während in den Ballungsgebieten der durch eine eventuelle Steuererhöhung verursachte Mehrbetrag durch die Preisermäßigung bereits aufgefangen ist?

VI. 4. Abgeordnete **Frau Freyh**

Wie beurteilt die Bundesregierung den kürzlich dem Bundeswirtschaftsministerium im Zusammenhang mit dem Großstadttarifzuschlag unterbreiteten Vorschlag, schadensfrei fahrende Kraftfahrer in Großstädten durch die Einführung einer großzügigeren Rabattstaffelung zu entlasten?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VII. 1. Abgeordneter **Fellermaier**

Ist aus der Äußerung des Bundesministers Höcherl, wonach wegen der „gegenwärtigen Kostenentwicklung auch der Brotgetreidepreis noch einmal überprüft werden müsse", zu schließen, daß die Bundesregierung die Kommission der EWG erneut auffordern wird, die am 15. Dezember 1964 festgelegten und ab 1. Juli 1967 anzuwendenden gemeinsamen Getreidepreise zu revidieren?

VII. 2. Abgeordneter **Dr. Wörner**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Grundstücksverkehrsgesetz die Bieterlaubnis bei der Zwangsversteigerung landwirtschaftlicher Grundstücke eingeführt werden sollte, um die in der Praxis zu beobachtenden Fälle zu unterbinden, in denen die Grundstücksverkehrsgenehmigung durch eine zweckentfremdete und mißbräuchlich betriebene Zwangsversteigerung umgangen wird?

VII. 3. **Abgeordneter Wächter**

Auf welche Höhe muß nach Ansicht der Bundesregierung der Orientierungspreis für Schlachtrinder im Jahre 1967 angehoben werden, um auf Grund der in den letzten Monaten gesammelten Erfahrungen einem Preisrückgang in der diesjährigen Höhe begegnen zu können?

VII. 4. Abgeordneter **Wächter**

Wann wird nach Meinung der Bundesregierung die bei der EWG-Kommission beantragte Zusatzabschöpfung für die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Drittländern in Kraft treten können?

VII. 5. Abgeordneter Wächter

Glaubt die Bundesregierung, daß der in Aussicht gestellte Export von lebenden Rindern in die Ostzone in Form der 100%igen Exporterstattungen realisiert werden kann?

VII. **6. Abgeordneter Dr. Effertz**

Welche Anzahl von Rindern ist mit Beginn der diesjährigen Weideabtriebszeit im Zuge der Aufstockung der internationalen Bestände und der klassischen Intervention im Vergleich zum Jahre 1962 von der Einfuhr- und Vorratsstelle bzw. von den von ihr beauftragten Firmen aus dem Markt genommen worden?

VII. 7. **Abgeordneter Dr. Effertz**

Hat die Bundesregierung bei den durchgeführten bzw. noch geplanten Maßnahmen zur Erhaltung der Preisstabilität der Schlachtrindermärkte die Aufstockung der eigenen Bestände und auch den stagnierenden Pro-Kopf-Verzehr an Rindfleisch in der Bundesrepublik genügend berücksichtigt?

VII. 8. Abgeordneter **Dr. Effertz**

Womit kann die Bundesregierung den steigenden Export an frischem Rindfleisch von Frankreich in die Bundesrepublik erklären, trotzdem zur Zeit die Referenzpreise in Frankreich höher als in der Bundesrepublik liegen?

VII. 9. Abgeordneter **Logemann**

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen als Folge der Brüsseler Beschlüsse durch die Senkung der deutschen Getreidepreise für die Erzeuger Einkommensausfälle von 180 Millionen DM zu erwarten sind, für die Verbraucher aber kaum eine spürbare Senkung der Preise für Backwaren eintreten werden?

VII. 10. Abgeordneter **Logemann**

Wo verbleibt der Differenzbetrag, der sich aus einer Senkung der Erzeugerpreise bei Getreide um 12% und eine erwartete Endverbraucherpreissenkung von nur 2,5% ergibt?

VII. 11. Abgeordneter **Logemann**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um sicherzustellen, daß Erzeugerpreissenkungen durch EWG-Agrarmarktordnungen bis zum Verbraucher weitergegeben werden?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

VIII. 1. **Abgeordneter Cramer**

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß sogenannte Kleinrenten der gesetzlichen Sozialversicherung halbjährlich nachträglich ausgezahlt werden?

VIII. 2. Abgeordneter **Cramer**

Was geschieht mit der in Frage VIII/1 erwähnten Rentenzahlung, wenn der Rentner bzw. die Rentnerin innerhalb der Halbjahresfrist verstorben ist?

VIII. 3. Abgeordneter **Kohlberger**

Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Gedanken an die Aufhebung der starren Altersgrenze von 60 oder 65 näherzutreten und das Ende der Berufstätigkeit stärker von der Leistungsfähigkeit des einzelnen abhängig zu machen?

VIII. 4. **Abgeordnete Frau Dr. Hubert**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß allein in Nordrhein-Westfalen in 661 Krankenhäusern und 641 Altenheimen 3353 hauswirtschaftliche Kräfte fehlen?

VIII. 5. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung, trotz des zu einem Notstand führenden Mangels an hauswirtschaftlichen Arbeitskräften in den Krankenhäusern, die Anwerbung von hauswirtschaftlichen Arbeitskräften durch die Bundesanstalt in Nürnberg aus außereuropäischen Ländern nicht zuzulassen?

VIII. 6. Abgeordneter **Folger**

Ist die geltende Verordnung betreffend eine vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 (RGBl. S. 111) nach Meinung der Bundesregierung noch zeitgemäß oder muß sie an die jetzigen Verhältnisse angepaßt werden?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

IX. 1.	Abgeordneter **Kulawig**	Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die unerträgliche Lärmbelästigung und die ebenfalls sehr erhebliche Staubbelästigung, unter denen die Anwohner des Panzererprobungsgeländes „Großer Sand" in Saarlouis-Fraulautern zu leiden haben, zu beseitigen?
IX. 2.	Abgeordneter **Kulawig**	Hält die Bundesregierung die sofortige Inangriffnahme von Lärm- und Staubschutzmaßnahmen insbesondere deshalb für geboten, weil das an den Übungsplatz „Großer Sand" in Saarlouis-Fraulautern angrenzende Wohnungsbaugelände in den nächsten Jahren vollständig bebaut wird?
IX. 3.	Abgeordneter **Müller (Worms)**	Trifft der Bericht der Frankfurter Rundschau vom 5. Oktober 1966 zu, wonach bei einem Freundschaftsbesuch des Schulschiffs „Donau" in Melbourne ein junger Offizier vor der australischen Presse freimütig über seine schlechten Erfahrungen mit den Australiern berichtet und erklärt hat, daß ihm Australien so wenig gefallen habe, daß er schließlich in die alte Heimat zurückgekehrt sei?
IX. 4.	Abgeordneter **Müller (Worms)**	Ist es zutreffend, daß Korvettenkapitän Horst G. Oehlke, der Kommandant des Schulschiffs „Donau", in einer Pressekonferenz den Versuch gemacht hat, den schlechten Eindruck, den der in Frage IX/3 erwähnte Marineleutnant gemacht hat, auszuräumen und die Auffassung vertrat, diese Äußerungen hätten niemals getan werden dürfen?
IX. 5.	Abgeordneter **Müller (Worms)**	Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus dem in Frage IX/3 genannten Vorfall zu ziehen, damit in Zukunft Freundschaftsbesuche durch unüberlegte Äußerungen nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden?
IX. 6.	Abgeordneter **Dr. Tamblé**	Trifft es zu, daß die Gemeinden verpflichtet sind, den Pioniereinheiten der Bundeswehr bei der Beseitigung von Bunkerresten die Kosten für Sprengmittel zu ersetzen?
IX. 7.	Abgeordneter **Dr. Tamblé**	Billigt es die Bundesregierung beispielsweise, daß dem Amt Landschaft Sylt für derartige in Frage IX/6 erwähnte Sprengungen im Jahre 1965 die Sprengsatzkosten angelastet wurden?
IX. 8.	Abgeordneter **Dr. Tamblé**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß derartige in Frage IX/6 erwähnte Maßnahmen eindeutig in die Zuständigkeit des Rechtsnachfolgers des Deutschen Reiches fallen, also von der Bundesrepublik Deutschland zu finanzieren sind?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. (IX/6–IX/8)

IX. 9. Abgeordneter **Börner**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß zu einer wehrpolitischen Veranstaltung der Freien Demokratischen Partei im Kreis Hanau Einladungen an Reservisten der Bundeswehr über den Verteiler des Kreiswehrersatzamtes bzw. des Verteidigungsbezirkskommandos 43 und auf Kosten dieser Dienststelle ergangen sind?

IX. 10. Abgeordneter **Börner**

Herrscht bei anderen Kreiswehrersatzämtern eine ähnliche — wie in Frage IX/9 aufgezeigte — Praxis?

IX. 11. Abgeordneter **Moersch**

Ist die Bundesregierung bereit, zu den Hinweisen des schweizerischen Oberstleutnant a. D. Schaufelberger, betreffend Hintergründe bei der Beschaffung des Schützenpanzers HS 30, in der Nummer 11 der Zeitschrift Deutsches Panorama eine Erläuterung zu geben?

IX. 12. Abgeordneter **Collet**

Welche Gründe haben dazu geführt, daß in Zweibrücken der Standort der Bundeswehr mit Ausnahme einer kleinen Außenstelle aufgelöst wird?

IX. 13. Abgeordneter **Collet**

Ist sich die Bundesregierung darüber klar, welche Konsequenzen sich aus der in Frage IX/12 erwähnten Auflösung für die Stadt Zweibrücken ergeben?

IX. 14. Abgeordneter **Collet**

In welcher Weise hat die Bundesregierung dafür Sorge getragen, daß die deutschen Zivilbeschäftigten durch die in Frage IX/12 erwähnte Auflösung in ihrer Existenz gesichert sind?

IX. 15. Abgeordneter **Josten**

Wieviel Patenschaften zwischen französischen und deutschen Truppeneinheiten wurden bisher abgeschlossen?

IX. 16. Abgeordneter **Josten**

Welche Erfahrungen wurden mit den in Frage IX/15 erwähnten Patenschaften gemacht?

IX. 17. Abgeordneter **Josten**

Wieweit wurden mit anderen Staaten Patenschaften zwischen Truppeneinheiten vereinbart?

IX. 18. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Wie beurteilt die Bundesregierung die durch Mittelkürzungen des Bundesverteidigungsministeriums drohende Abwanderung von Wissenschaftlern der Luft- und Raumfahrtindustrie in die Vereinigte Arabische Republik?

IX. 19. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Vorschlag des Präsidenten der Deutschen Physikalischen Gesellschaft aufzugreifen, eine besondere Form der Wehrdienstleistung für Mathematik- und Physikstudenten einzuführen?

IX. 20. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**	Hat die Bundesregierung eine Übersicht darüber, wie die Wehrdienstleistung von Abiturienten in anderen Ländern gehandhabt wird?	

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

X. 1. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)**	Welche Erfahrungen sind, vor allem in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, bekanntgeworden über die Verwendung von Gasturbinen als Antrieb schwerer Kraftfahrzeuge?	
X. 2. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)**	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, in der Bundesrepublik oder im EWG-Bereich die Entwicklung und Verwendung von Gasturbinen als Antrieb für Kraftfahrzeuge zu fördern?	
X. 3. Abgeordneter **Richter**	Steht der Bundesverkehrsminister noch zu der mir am 17. März 1966 in der Fragestunde des Deutschen Bundestages gegebenen Zusage, daß die Planung der Verkehrssanierung des Raumes Neckarelz — Diedesheim — Obrigheim „kurz vor dem Abschluß" stehe und mit dem Anlaufen der Bauarbeiten gerechnet werden kann, wenn bei der Durchführung des Planfeststellungsverfahrens keine Schwierigkeiten auftreten?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (X. 3 und X. 4)
X. 4. **Abgeordneter Richter**	Wird mit dem in Frage X/3 genannten Bauvorhaben im Frühjahr 1967 begonnen, wenn das Gutachten der Bundesanstalt für Wasserbau rechtzeitig vorliegt und Schwierigkeiten aus dem Planfeststellungsverfahren sich nicht mehr ergeben?	
X. 5. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)**	Aus welchen Gründen können reflektierende Nummernschilder an Kraftfahrzeugen nicht zugelassen werden, obwohl sie wahrscheinlich größerer Verkehrssicherheit dienen könnten?	
X. 6. **Abgeordneter Schmitt-Vockenhausen**	Hält die Bundesregierung die Einführung eines für die ganze Bundesrepublik gültigen Bauleistungsbuches, wie es auf dem Straßenbau-Kongreß in München gefordert wurde, für zweckmäßig?	
X. 7. Abgeordneter **Jung**	Ist die Bundesregierung bereit, die Straßenverkehrs-Ordnung dahin gehend zu ergänzen, daß künftig jeder Führerscheinerwerber einen Akut-Hilfe-Kursus ableisten muß?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (X. 7 und X. 8)
X. 8. **Abgeordneter Jung**	Ist die Bundesregierung bereit, die Straßenverkehrs-Ordnung dahin gehend zu ergänzen, daß künftig jeder Halter eines Kraftfahrzeuges im Fahrzeug einen Verbandskasten, ein Warndreieck und eine Warnlampe mitführen muß?	

X. 9. Abgeordneter **Jung**

Ist die Bundesregierung bereit, die Straßenverkehrs-Ordnung dahin gehend zu ergänzen, daß künftig jeder Fußgänger bei nächtlicher Benutzung öffentlicher Verkehrswege, außerhalb von Ortschaften, Leuchtarmbinden tragen muß?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

X. 10. Abgeordneter **Fellermaier**

Hält der Bundesverkehrsminister trotz seiner Mitteilung über den Nichtbeginn des Baues geplanter neuer Autobahnen und Bundesfernstraßen seine während der Bereisung in Memmingen und Günzburg gegebene Zusage aufrecht, wonach der ursprünglich bereits für 1967 geplante Baubeginn für die Autobahn Ulm—Memmingen nunmehr endgültig für 1968 angesetzt wird und die Bauausschreibungen bereits 1967 vorgenommen werden?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XI. 1. Abgeordneter **Geldner**

Wie beurteilt die Bundesregierung den gegenwärtigen Stand der Abwasserbeseitigung unter dem Gesichtspunkt der Reinhaltung der Flüsse und Seen einschließlich der Trinkwasserbereitstellung?

XI. 2. Abgeordneter **Geldner**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß speziell in Nordbayern erhebliche Schwierigkeiten wegen der Abwasserbeseitigung bestehen?

XI. 3. Abgeordneter **Geldner**

Welche Pläne haben Bund und Länder entwickelt, um gemeinsam mit den Kommunen und der Industrie in einer absehbaren Zeit das Ziel einer vollbiologischen Klärung aller Abwässer zu erreichen?

XI. 4. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Zu welchen konkreten Ergebnissen ist der nach Auskunft der Frau Bundesministerin für Gesundheitswesen in der Fragestunde vom 3. März 1966 neu konstituierte Ausschuß Fluglärm bisher gekommen?

Bonn, den 21. Oktober 1966